Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen

Wohnbauträger

Band: 49 (1974)

Heft: 11

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick über die Grenzen

Umzugsfreudige Amerikaner

Eine USA-Statistik zeigt, dass von März 1970 bis März 1973 insgesamt 31,8 Prozent aller US-Bürger in andere Städte bzw. andere Bundesländer umzogen. In der Vergleichszeit setzten sich u.a. 4,68 Millionen Menschen aus den Grossstädten ab, während «nur» 3,74 Millionen die grossen Zentren als neuen Wohnsitz wählten. Viele Menschen flüchten vor Unsicherheit und Verbrechen in ländliche Gebiete. Aber – während die Verbrechensrate sich in Grossstädten 1973 um durchschnittlich 3% steigerte, nahm sie in einigen Kleinstädten im gleichen Jahr bis zu 15% zu.

Sozialer Wohnungsbau in Kalifornien

Die Behörden von Los Angeles haben eine Verordnung erlassen, wonach künftig mindestens 15 Prozent allen neugeschaffenen Wohnraums für Personen bzw. Familien mit niedrigem Einkommen reserviert werden muss.

Illegale Wohnquartiere in Rom

Wie einem Korrespondentenbericht des «Tages-Anzeigers», Zürich, zu entnehmen war, werden ganze Quartiere in Rom illegal gebaut. Dabei handelt es sich nicht etwa um «Bidonvilles», sondern um «massiv» gebaute Wohnquartiere.

Seit Ende 1969 seien in Italiens Hauptstadt zu den 73000 legal erstellten Gebäuden 68000 illegal gebaut worden. Trotz Tausender anhängiger Prozesse wurde bisher jedoch nichts abgerissen. Dazu bedarf es nämlich einer Verfügung, die erfahrungsgemäss etliche Jahre auf sich warten lässt. In der Zwischenzeit ist das Delikt verjährt, und die Leute kann man schliesslich kaum mehr aus den Wohnungen herausjagen.

Zu dieser illegalen Bautätigkeit gesellt sich noch das Faktum der ungeheuren Spekulationen. Die auf das schnellste und billigste erstellten Gebäude – wobei es sich meistens um Riesenkomplexe von Wohnkasernen handelt – sind in der Mehrzahl ohne jegliche Infrastruktur, ja ohne Strassen erstellt, ohne Grünanlagen und Parkplätze. Zudem sind sie teilweise, eben weil unkontrolliert, regelrecht einsturzgefährdet.

Einen besonders zweifelhaften Ruf geniesst das Römer Wohnviertel Magliana, in dem 45000 Personen wohnen. Es ist völlig illegal, nirgends eingetragen und existiert offiziell überhaupt nicht.

BRD: Neues Gesamtkonzept für sozialen Wohnungsbau

Das Städtebauministerium plant für die laufende Legislaturperiode ein neues Gesamtkonzept, das sich vor allem mit einem besseren Zusammenwirken zwischen sozialem Wohnungsbau, Bewirtschaftung des sozialen Wohnungsbestandes und Massnahmen zur Modernisierung der Althäuser befassen soll. Auch sollen durch den sozialen Wohnungsbau künftig vor allem einzelne Problemgruppen gefördert werden.

BRD: 714000 Wohnungen wurden 1973 fertiggestellt

Nach Mitteilung des Westdeutschen Statistischen Bundesamtes wurden im Jahre 1973 nach vorläufigen Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik 714200 Wohnungen fertiggestellt. Dies ist das bisher höchste Jahresergebnis seit der Währungsreform. Im Vergleich zum Vorjahr, das ebenfalls ein Rekordergebnis gebracht hatte, erhöhte sich die Zahl der insgesamt fertiggestellten Wohnungen noch um 53600 oder 8,1%. (AMK)

Auch in Deutschland: Mehr Lebensqualität für den Bürger

Mehr Lebensqualität für den Bürger soll nach dem Willen der Bundesregierung oberstes Gebot der Städtebau- und Raumordnungspolitik sein. Das hat der Bundesbauminister auf einer Veranstaltung der Bundesarchitektenkammer in Bonn erklärt. Nach einer Phase der Betonung der Quantität in den vergangenen 25 Jahren müsse nun verstärkt darauf geachtet werden, die Städte lebenswert zu erhalten und zu gestalten. Vor allem müsse beim Bau von Wohnungen mehr und mehr das Bedürfnis der Bürger nach Flexibilität und Individualität berücksichtigt werden. Man betont weiter die Notwendigkeit einer einheitlichen Bau-, Wohnungs- und Stadtforschung, die neben den ökonomischen Erfordernissen die Wünsche und Rechte der Bürger auf eine bessere Umwelt in Rechnung stelle. Als weitere zentrale Aufgabe bezeichnete der Minister die Modernisierung der rund fünf Millionen Altbauwohnungen.

Wohnungsnot auch in Schwarz-Afrika

In Lagos, Hauptstadt von Nigeria, herrscht - wie auch in vielen anderen Städten Afrikas - bittere Wohnungsknappheit. Selbst Nigerianer, die in offizieller Funktion oder aus beruflichen bzw. geschäftlichen Gründen im Ausland weilten, müssen nach der Rückkehr in ihr Land nicht selten sechs bis acht Monate mit ihren Familien in einem Hotelzimmer leben, bevor sie eine Wohnung oder ein Haus finden. Neuerdings kommen Mietvorauszahlungen bis zu fünf Jahren mehr und mehr «in Mode». In einem grossen Hotel in Lagos scheinen die Flure in Kinderspielplätze «umfunktioniert» zu sein. Wie es heisst, will die Regierung jetzt Bestimmungen erlassen, wonach niemand mehr Hotelzimmer auf unbestimmte Zeit mit Beschlag belegen darf. Dies verbessert allerdings das Wohnungsangebot kaum.

Zweitwohnungen in Schweden

In Schweden ist das Phänomen der Zweitwohnung traditionsbedingt. Bis in den Zwanziger Jahren waren Zweitwohnungen hauptsächlich nur für Wohlhabende erreichbar; der Anteil anderer Bevölkerungsschichten nimmt aber zu. Kinderreiche Familien können sich, wohl wegen den privaten Marktbedingungen für die Finanzierung, eine Zweitwohnung nur schlecht beschaffen. Öffentliche Förderungsmassnahmen gibt es nicht. Viele Leute bauen sich ihre Zweitwohnung zum Teil selbst. Auch in Schweden erfährt man, dass Zweitwohnungen auf die örtliche Wirtschaftsentwicklung nur einen bescheidenen (weil saisonbedingten) und nicht immer günstigen Einfluss haben.

In 1957 zählte man 180000 Zweitwohnungen; die Zahl nahm stark zu (490000 in 1970), stagniert aber jetzt. Dies dürfte auf die gesetzlichen Schutzmassnahmen der letzen Jahre bezüglich Küstenstreifen und Seeufer (seit 1950) und auf die Annahme eines Nationalplans mit Schutzbestimmungen für das ganze Land (1974) zurückzuführen sein. Die Verweigerung einer Baubewilligung erfolgt jetzt entschädigungslos. Trotz dieser Schutzmassnahmen sind über 80% aller bestehenden Zweitwohnun-

gen weniger als 1½ km vom Meer oder See entfernt. Ihre Benützer wohnen durchschnittlich auf weniger als 50 km Distanz und machen demnach von ihren Zweitwohnungen nicht nur für längere Urlaube, sondern vor allem für Wochenenden Gebrauch (durchschnittlich 60 bis 80 Übernachtungen pro Jahr). (MB)

Paris: Wohnungsnotstand

Rund 27 500 Familien sind in der französischen Hauptstadt unzureichend, d.h. unzumutbar oder menschenunwürdig, untergebracht. Das sind 40 Prozent aller beim Wohnungsamt als vordringlich eingestuften Anwärter auf eine Sozial-

wohnung. Für dieses Jahr sind im Programm des sozialen Wohnungsbaues in Paris 4000 Einheiten vorgesehen. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis in der Seinestadt keine unzumutbaren Wohnverhältnisse mehr bestehen.

Alan Godwin, London

Lärmschutz für geplagte Hausbewohner auch in Grossbritannien

Dem Lärm, einem der schlimmsten Aspekte der Umweltschäden, ist auch in Grossbritannien durch neue Vorschriften der Kampf angesagt worden. Die Building Noise Insulation Regulations (Vorschriften über die Lärmisolierung von Gebäuden) unter Abschnitt 20 des Land Compensation Act wurden vom Ministerium für Umweltfragen in dem Bemühen eingeführt, jenen das Leben zu erleichtern, die bislang unter übermässigem Strassenverkehrslärm leiden mussten. Auf der Grundlage dieser Vorschriften können künftig Zuschüsse zur Verfügung gestellt werden, um Wohnhäuser besser gegen Lärm zu isolieren. Die andere wichtige Lärmquelle sind natürlich Flugzeuge.

Der Verkehrslärm wird mit dem Ausbau des Strassennetzes auch in Grossbritannien für immer mehr Leute zu einem ernsten Problem – besonders dann, wenn neue Strassen durch Wohnsiedlungen geführt werden. Das Building Research Establishment (Bauforschungsanstalt) hat sich daher mit Möglichkei-

ten befasst, diesen Verkehrslärm durch bautechnische Massnahmen einzudämmen, und die Ergebnisse zeigen, dass eine Lärmminderung von maximal 20 dB (A), normalerweise aber 10 dB (A) erreicht werden kann, wenn die Gebäude von der Strasse abgeschirmt werden.

Um eine optimale Lärmminderung zu erzielen, sollte nahe der Lärmquelle oder dem Anlieger eine Mauer oder ein Zaun errichtet werden, hoch und breit genug, um einen grossen «Schallschatten» zu erzeugen; der Lärm, der durch diese Mauer dringt, müsste geringer sein als über oder an den Seiten der Mauer. Deshalb sollte das Gewicht der Mauer je nach Höhe und Breite mindestens 10 kg/m^2 betragen.

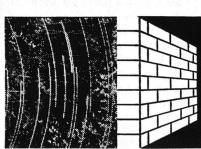
Während bautechnische Massnahmen an Strassen häufig dazu beitragen können, die Lärmeinwirkung auf Gebäude zu verringern, müssen aber auch in den Häusern selbst entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um die Hausbewohner so gut wie möglich vor Lärm zu schützen. Geeignete Doppelfenster

können bereits ausserordentlich viel bewirken.

Das Dach ist eine weitere exponierte Fläche des Hauses, durch die Lärm leicht eindringen kann, wenn sie nicht mit einem entsprechenden Schallschluckmaterial belegt ist.

Mit der Schallübertragung zwischen den einzelnen Stockwerken haben sich sowohl Bauforscher als auch Hersteller eingehend befasst. Eine nachträgliche Isolierung von Decken und Wänden kann mit Hilfe des Sound Shield 85 erzielt werden, das sich für die meisten anorganischen Flächen eignet. Es handelt sich hierbei um eine Mischung aus Mineralfasern und bestimmten Bindemitteln, die an Ort und Stelle mit Wasser vermischt und mit einem Spritzgerät aufgetragen wird.

Eine ausgesprochen dekorative und aufgrund ihrer schalldämmenden Eigenschaften weithin verwendete Innenverkleidung ist Woodacoustic. Durch die



Lärmgeschützt wohnen in Kalksandsteinwänden

AGHUNZIKER+CIE

Kalksandsteinfabriken in Brugg, Olten und Pfäffikon SZ